

## **Marx raus aus der Uni? Zur Kritik der aktuellen Entwicklungen in der Politikwissenschaft**

**Am 13.09.2007 um 11.00 Uhr berät das Direktorium des Instituts für Politikwissenschaft die aktuellen Strukturüberlegungen des Präsidiums zur Neuausrichtung des Instituts und wird diese voraussichtlich absegnen – mit fatalen Folgen für die Situation der Studierenden. Mit der Streichung der letzten Professur, die noch in der spezifischen kritischen Wissenschaftstradition in Nachfolge Wolfgang Abendroths stand, wird der vielfach gepriesene Wissenschaftspluralismus abgeschafft. Die schon jetzt über die Maßen verschlechterten Bedingungen in Lehre, Betreuung, aber auch Forschung werden zusätzlich verschärft. Vor dem Hintergrund, dass mit Dieter Plehwe bereits ein geeigneter Kandidat für die Nachfolge Frank Deppes gefunden wurde, ist der Vorschlag des Präsidiums, diese Stelle nunmehr zu streichen, besonders skandalös und legt es nahe, die Entscheidung als politisch motiviert zu begreifen.**

### **I.**

Mit der Streichung der letzten Professur, die noch in der direkten Tradition von Wolfgang Abendroth steht, soll das kritische Profil des Instituts nunmehr nahezu endgültig geschliffen werden. Innerhalb von etwa drei Jahren wurde durch die sukzessive Umwidmung und Streichung sämtlicher Stellen, die diese Tradition weiterführten, eine radikale Schwerpunktverschiebung durchgesetzt. So wurde die Professur für Faschismusforschung durch den Schwerpunkt der „Politischen Theorie“ ersetzt. Im Ausgleich dazu sollte die Faschismusforschung, so wurde versichert, mit der Nachfolge Georg Fülberths abgedeckt werden. Ausgeschrieben wurde jedoch ein Kompromiss aus Rechtsextremismusforschung und Fachdidaktik. Im Folgenden führte dann eine massive Lobbyarbeit einiger Mitglieder des Instituts beim Präsidium zu einer Berufung gegen die Entscheidung der Kommission und den Frauenförderplan. Obwohl die Stelle schließlich qualitativ durchaus angemessen besetzt wurde, bleibt der Eindruck, dass bewusst gegen den institutsinternen Kompromiss, die Kühnl-Tradition wenigstens partiell fortzuführen, interveniert wurde. Auch die Ablehnung des Antrags von Dieter Boris auf Verlängerung seiner Professur muss in diesem Kontext gesehen werden. In der Neuausschreibung zur Professur "Nachfolge Boris" ist kein Hinweis zu seinem Schwerpunkt der historisch-kritischen Lateinamerika-Forschung. So ist zu befürchten, dass auch der letzte Abendrothschüler in der Soziologie keine kritische Nachfolge bekommt.

Somit wäre die Abschaffung der Deppe-Stelle das gelungene Finale in der Beseitigung des kritischen Profils der Marburger Politikwissenschaft in direkter Tradition Wolfgang Abendroths. Ein kritisches Profil ist nunmehr ausschließlich durch den Schwerpunkt der feministischen Politikwissenschaft gegeben.

Selbst aus der (standortlogischen) Argumentation des Präsidiums heraus ist dieser Schritt unmöglich nachzuvollziehen. Statt das kritische Profil zu schärfen und so der Konkurrenz um Studierende durch Konzentration auf die gewachsenen Kompetenzen zu begegnen, wird die Chance, die in dem (inter-)nationalen Renommee der Marburger Politikwissenschaft liegt, nicht genutzt. Im Übrigen wird eine solche Nischenstrategie von anderen Universitäten in weitaus kompetitiveren „Märkten“ sehr erfolgreich angewandt, wie neben vielen anderen das Beispiel der Universität Leeds zeigt. Vor dem Hintergrund der deutlich unterdurchschnittlichen Ausstattung des Institutes / der Institute insgesamt, der geringen Attraktivität eines Provinzstädtchens wie Marburg und nicht zuletzt der kaum vorhandenen Diskussions-, Streit- und Kooperationskultur innerhalb des Instituts geschweige denn zwischen verschiedenen Instituten ist davon auszugehen, dass ein politikwissenschaftliches „Mainstreaming“ geradezu zwangsläufig zum Scheitern verurteilt ist.

### **II.**

Der Verlust einer Professur wird die schon jetzt untragbare Betreuungssituation der Studierenden weiter verschlechtern. Auch eine vermehrte Anstellung von Hilfskräften mit Abschluss (von unbezahlten Tätigkeiten ganz zu schweigen) kann hier keine Abhilfe schaffen. Es ist insbesondere das

langjährige, beständige Vertrauens- und Arbeitsverhältnis zwischen Lehrkraft und Studierenden, das ein erfolgreiches Studium ausmacht. Kurzzeitanstellungen sind dazu keine Alternative.

Insbesondere der Verlust der erfolgreichen und von der Deppe-Professur getragenen Arbeitszusammenhänge (Forschungsgruppe Europäische Integration (FEI); Marxistischer Arbeitskreis (MAK); und diverse DoktorandInnenzusammenhänge (etwa Studiengruppe Europäische Integration; STEI)) wird sich in allen Stadien des Studiums bzw. der wissenschaftlichen Qualifikation für die Studierenden/Promovierenden extrem negativ auswirken.

Darüber hinaus wurde gerade der Schwerpunkt der EU-Forschung durch die Etablierung des Master-Studiengangs „European Integration“ zu Recht weiter gestärkt. Eine Juniorprofessur alleine könnte jedoch das Lehrangebot nicht weiter aufrecht erhalten. Der Vorschlag des Präsidiums stellt damit eine wesentliche Bedrohung eines bereits angelaufenen Studiengangs und der darin eingeschriebenen Studierenden dar.

### III.

Die Entscheidung des Präsidiums, die Nachfolge für Prof. Schiller neu auszuschreiben und die Deppe-Professur zu streichen, ist nicht nachvollziehbar. Zum einen sind Schillers Schwerpunkte das Politische System der BRD und Demokratietheorien bereits durch zwei andere Professuren abgedeckt. Zum anderen steht im Gegensatz zum Fall Schiller mit Dieter Plehwe ein Kandidat für den Lehrstuhl von Frank Deppe zu Verfügung. Zwar wäre eine Wiederbesetzung aller offenen Stellen dringend nötig, jedoch sprechen im ungünstigen Fall einer „notwendigen“ Streichung alle Argumente für einen Erhalt der Deppe-Stelle.

Die Anmerkung des Präsidiums, dass Dieter Plehwe nicht qualifiziert sei, entbehrt jeder Grundlage. Die Berufungskommission hat die wissenschaftliche Qualifikation von Plehwe im Rahmen des Bewerbungsverfahrens ausführlich bewertet und unmissverständlich klar gestellt, dass er berufungsfähig ist. Unter dem Strich bescheinigt die Entscheidung des Präsidiums somit den Mitgliedern der Berufungskommission und des Fachbereichsrates Inkompetenz auf ihrem eigenen wissenschaftlichen Gebiet. Dass das Präsidium, ohne fundierte Kenntnis der Anforderungen der Stelle und ohne das Wissen aus dem Bewerbungsverfahren, zu seiner ablehnenden Haltung kommt, lässt nur den Schluss zu, dass es sich um eine politisch motivierte Entscheidung handelt. Nicht umsonst ist die inhaltliche Ausgestaltung eindeutig Aufgabe des Institutes.

### IV.

Was der CDU schon in den 70er Jahren nicht gelang, als sie die Schließung des Fachbereichs 03 forderte, erledigen heute diejenigen, deren Wissenschaftsverständnis auf finanzpolitischer Kosten-Nutzen-Abrechnung und Standortlogik beruht. Und auch diesmal haben sie die schlechteren Argumente.

**Sofortige Berufung von Dieter Plehwe!**

**Keine weiteren Verschlechterungen am Institut für Politikwissenschaft!**

**Kommt alle zur Sitzung des Direktoriums!**

**Auf zur  
Direktoriumssitzung!  
Donnerstag, 13.09.11:00  
Raum G22, PhilFak**

**Linke Fachschaft 03**  
an FB Gesellschaftswissenschaften und Philosophie

 **linke bündnisliste**

 **Gruppe d.l.s.s.l.d.o.n.t.**

**SDS. DIE LINKE**  
**Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband**

**FaRoFa @ Evangelische Theologie**  
Gewählte studentische Vertretung am Fachbereich 05 der Philipps-Universität Marburg

**gender trouble - FFLL**  
feministische frauenLesben liste